Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2015-04-20

Dezernat/ Amt: I / Büro der
Stadtvertretung
Bearbeiter/in: Frau Timper
Telefon: 545 - 1028

**Informationsvorlage
Drucksache Nr.**

00261/2015/B

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Berichts Antrag | Reaktion auf Überflutung von Kleingärten

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Begründung

Die Stadtvertretung hat in ihrer Sitzung am 09. März 2015 unter TOP 41.1 zu Drucksache 00261/2015 Folgendes beschlossen:

Die Oberbürgermeisterin möge bis zur Sitzung der Stadtvertretung am 15. Juni 2015 berichten, wie die Stadtverwaltung auf Überflutungen von Kleingärten reagiert und welche Maßnahmen z.B. Parzellenreduzierung, Ausweisung eines Gewässerrandstreifens gemäß § 38 des Wasserhaushaltsgesetzes oder Neuanlage von Teichen zum Schutz vor Überflutungen möglich sind und welche von der Stadtverwaltung konkret für die Kleingartenanlagen im Stadtgebiet vorgeschlagen werden. Dem Bericht ist eine Stellungnahme des Wasser- und Bodenverbandes zu den Vorschlägen der Verwaltung hinzuzufügen.

Hierzu wird mitgeteilt:

Überflutungen von Kleingärten infolge von Starkniederschlagsereignissen fanden zurückliegend vorrangig entlang des Krebsbaches in Krebsförden statt. Betroffen sein können von derartigen Ereignissen insbesondere die Kleingartensparten Erlengrund, Vogelweide und Krebsbach.

Dieser Überflutungsbereich stellt als Niederung den natürlichen Retentionsraum (Überschwemmungsgebiet) des Krebsbaches dar. Durch die Nutzung und Drainierung dieser

Niederungsflächen fanden über die Jahre zudem Setzungen statt, was noch mehr zu einer Überflutungsgefährdung der Kleingärten führt.

Aus heutiger Sicht wäre eine Ausweisung von Kleingärten oder jeglicher Bebauung aus wasserwirtschaftlicher Sicht abzulehnen und streckenweise, gem. § 78 Wasserhaushaltsgesetz (WHG), auch nicht mehr zulässig.

Jedermann soll sich gem. § 5 Abs. 2 WHG, soweit es zu keiner neuen Betroffenheit Dritter führt, selbst vor Hochwasser schützen, bzw. ist insbesondere die Nutzung von Grundstücken den möglichen nachteiligen Folgen für Mensch, Umwelt oder Sachwerte durch Hochwasser anzupassen. Der jeweils eventuell angedachte Hochwasserschutz wäre jedoch der Unteren Wasserbehörde der Landeshauptstadt Schwerin (UWB) vorab anzuzeigen.

Einen gesetzlich geregelten bzw. festgelegten Hochwasserschutzanspruch, den die Unterhaltungs- oder Ausbaulastträger von Gewässern zu gewährleisten haben, gibt es nicht.

I.d.R. sind oberirdische Gewässer nicht in der Lage, mittlere und höhere Hochwasserereignisse innerhalb des Gewässerschlauchs abführen zu können. Es ist auch nicht mehr zulässig, die Leistungsfähigkeit eines Gewässerabschnitts derart auszubauen, dass bestimmte Flächen weitgehend hochwasserfrei liegen, und die gesammelten Wassermengen zu Lasten von Unterliegern weiter gegeben werden.

Das Einzugsgebiet des Krebsbachs ist anteilmäßig durch das Gewerbegebiet Süd stark versiegelt, was das Überflutungsrisiko durch die Erhöhung der Abflussspitzen, insbesondere bei niedrigen und mittleren Hochwasserereignissen, verschärft. Bei hohen oder Extremhochwasserereignissen spielt der Versiegelungsgrad nur eine untergeordnete Rolle.

Die UWB arbeitet bereits mit der Schweriner Abwasserentsorgung (SAE) u.a. bzgl. der ordnungsgemäßen Beseitigung von auf befestigten und versiegelten Flächen anfallenden Niederschlagswasser eng zusammen. Bis 2017 ist eine neue wasserrechtliche Entscheidung für die ordnungsgemäße Niederschlagswasserentsorgung aus dem Gewerbegebiet Süd erforderlich. Die Konzeption, die die Grundlage für die Festlegung der zulässigen Höhe der in den Krebsbach einleitbaren Niederschlagswassermengen bilden soll, ist in Abstimmung mit der UWB zu erarbeiten. In diesem Zuge ist zu bestimmen, wie grundsätzlich der Anfall von Niederschlagswasser mit geeigneten Mitteln in dem genannten Gewerbegebiet reduziert werden kann und bis zu welcher Höhe ein Rückhaltevolumen durch die SAE vor Einleitung in den Krebsbach vorzuhalten ist.

Allerdings gilt zu beachten, dass die ordnungsgemäße Niederschlagswasserbeseitigung keinen Hochwasserschutz bieten kann und soll. Jedoch darf die Hochwassergefährdung bei niedrigen und mittleren Hochwasserereignissen durch die Einleitung von Niederschlagswasser von bebauten Flächen nicht signifikant erhöht werden.

Werden grundsätzliche Hochwasserschutzmaßnahmen als erforderlich erachtet, sind diese vom Maßnahmenträger (z.B. Kleingartenverein) mit vollständigen Unterlagen zu beantragen. Eine Betroffenheit Dritter ist wiederum auszuschließen. I.d.R. ist im Vorfeld eine Kosten- / Nutzenanalyse durchzuführen, in der die Baukosten für das Hochwasserrückhaltesystem und das Schadenspotential im Hochwasserfall, das von den Flächen, baulichen Anlagen und Nutzungen ausgeht, gegenüber gestellt werden.

Die Herstellung von Teichen dient nicht dem Hochwasserschutz. Nur über exakt zu bemessene technische Anlagen - Hochwasserrückhaltebecken und Hochwasserrückhaltedämme – die einer wasserrechtlichen Planfeststellung bedürfen, oder durch die Rückgewinnung von natürlichen Rückhalte- / Retentionsräumen ist ein

wirkungsvoller Hochwasserschutz möglich.

Die UWB ist gemeinsam mit der Unteren Naturschutzbehörde der Landeshauptstadt Schwerin (UNatschB), dem Wasser- und Bodenverband Schweriner See / Obere Sude (WBV) und den Stadtwirtschaftlichen Dienstleistungen Schwerin (SDS) bestrebt, dass nach Aufgabe von einzelnen Kleingärten, diese Parzellen, insbesondere entlang von Gewässern (Fließgewässer und Seen), nicht neu verpachtet werden. Bei einer entsprechenden Anzahl von aufgegebenen Kleingärten soll versucht werden, dass es zu einer derartigen Neuordnung der Parzellen kommt, dass komplett ungenutzte Gewässerrandstreifen, die der Entwicklung und dem Schutz sowie der ordnungsgemäßen Unterhaltung der Gewässer dienen, wieder hergestellt werden können. Eine entsprechende Konzeption befindet sich in der Erarbeitung. Diese soll dann mit dem Eigenbetrieb ZGM abgestimmt und umgesetzt werden.

Gem. § 38 WHG ist bundesweit, per Gesetz, im Außenbereich grundsätzlich ein Gewässerrandstreifen mit einer Breite von 5m ausgewiesen, der aber weder die ordnungsgemäße Landwirtschaft noch die kleingärtnerische Nutzung untersagt. Soll auch ein Gewässerrandstreifen im Innenbereich ausgewiesen werden, ist das nur über eine Satzung für alle oberirdischen Gewässer im Stadtgebiet von Schwerin möglich.

Eine praktikable Lösung aus Sicht der UWB für die Sicherung und Bereitstellung von Gewässerrandstreifen für die Entwicklung und Verbesserung des Natur- und Wasserhaushalts sowie zur Gewährleistung und Unterstützung der ordnungsgemäßen Gewässerunterhaltung sind entsprechende vertragliche Regelungen - Nutzungs- oder Pachtverträge – für Flächen entlang der Gewässer, die bereits der Stadt gehören oder neu erworben werden müssten. Ob und inwieweit dieses Vorgehen ökokontotauglich nach Naturschutzrecht wäre, müsste im weiteren mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt und entwickelt werden.

Stellungnahme des Wasser- und Bodenverbandes Schweriner See / Obere Sude:

Der Wasser- und Bodenverband ist gemäß Wasserhaushaltsgesetz (WHG) § 39 verpflichtet, die in seiner Unterhaltungslast befindlichen Gewässer 2. Ordnung in der Art zu unterhalten, dass der ordnungsgemäße Wasserabfluss gesichert ist.

Die Unterhaltungsleistungen an den Gewässern dienen zur Aufrechterhaltung der durch den ursprünglichen Ausbau des Gewässers bestimmten hydraulischen Leistungsfähigkeit.

Ursachen für eine verminderte hydraulische Leistungsfähigkeit der Gewässer sind Pflanzenwuchs in Gewässersohle und auf der Böschung; Einengungen des Gewässerprofils, wie z.B. Brücken, Durchlässe, Stege, usw.; Abflusshindernisse wie Unrat oder Windbruch und Sedimentablagerungen durch Geschiebetrieb und Einleitungen. Aus diesem Grund erhöhen alle Ursachen, die die Unterhaltung erschweren oder behindern, bzw. das Abflussprofil einengen, die Überflutungsgefahr.

Ein besonderes Problem bei der Gewässerunterhaltung in der Stadt stellt die mangelhafte Zuwegbarkeit vieler Gewässerabschnitte gerade in den Kleingartenanlagen dar. Eine Parzellenreduzierung und eine Ausweisung eines Gewässerrandstreifens sind daher durchaus geeignet die Überflutungshäufigkeit zu reduzieren. Das Wasserhaushaltsgesetz legt dazu fest, dass durch die zuständige Behörde „innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile Gewässerrandstreifen mit einer angemessenen Breite“ festgesetzt werden dürfen [§38 (3) WHG].

Ein weiterer wichtiger Punkt bei der Verbesserung des Hochwasserschutzes ist die Verbesserung des Retentionsvermögens im Einzugsgebiet.

Wie von der UWB dargelegt, sind Hochwasserrückhaltebecken und Dämme exakt berechenbar und somit geeignet den Hochwasserschutz zu verbessern. Der WBV hält jedoch auch Teiche, die ein gewisses Stauvolumen haben und ihren Abfluss gedrosselt (zeitlich versetzt) abgeben, für geeignet Hochwasserspitzen zu reduzieren.

Mit dieser Stellungnahme der Verwaltung und des WBV wird der Beschluss der Stadtvertretung vom 09.03.2015 als erledigt betrachtet.

Anlagen:

keine

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin